

Die Krise des österreichischen Staates.

Wien, 10. Oktbr. (Priv.-Tel.) Die gestrige Erklärung des Ministerpräsidenten Dr. v. Hussarek, die beim ersten Anhören auf die deutschen Parteien keinen irgendetwas bemerkenswerten Eindruck gemacht und noch wenig Anstoß erweckt hatte, wird heute von der gesamten Presse als ein Ereignis von gar nicht abzuschätzender Tragweite behandelt und je nach dem Parteistandpunkt auf das Ernsteste getabelt, oder als der tatsächlichen Lage entsprechend elegisch kommentiert. Den Stein des Anstoßes bildet der Satz: „Der Kraft der Idee der freien Selbstbestimmung der Völker wollen wir auch unsere innere Friedensgestaltung anvertrauen in der Hoffnung, daß auf dieser freien Selbstbestimmung der Völker ihr Zusammenwirken nach gemeinsamen Zielen hervorzuwachsen wird.“ Die Kritiker sehen darin die Liquidationserklärung des alten Österreich, das von den freien Völkern wieder hergestellt werden könne, aber nicht hergestellt werden müßte. Daran knüpfen sich Angriffe gegen den Ministerpräsidenten Freiherrn von Hussarek, der sich von den Ereignissen treiben ließ, anstatt am gemeinsamen österreichischen Rahmen für die freien Völker festzuhalten. Die „Arbeiterzeitung“ hält es schon jetzt für zweifelhaft, daß die einmal ausgeschiedenen Völker überhaupt noch den Mut haben könnten, sich wieder zu einem österreichischen Staatenbund zu vereinigen.

Wir können uns nicht dazu entschließen, den Worten des Freiherrn von Hussarek den ihnen zugemuteten Sinn zuzuschreiben. Wir sehen vielmehr darin nur eine rhetorische Floskel, in der dem Schlagwort des Staates Reverenz erwiesen ist. Es ist ganz unmöglich, daß ein österreichischer Ministerpräsident so beiläufig erklärt, Österreich habe aufgehört zu existieren, er hoffe aber, daß es wieder entstehen wird. Der Staat selbst hat so viel Attribute und Funktionen, daß er gar nicht aufhören kann, ohne daß etwas anderes an seine Stelle tritt, oder wenigstens eine Liquidation durchgeführt wird. Um beim nächsten zu bleiben: Hat Österreich aufgehört, eine gemeinsame Währung zu haben? Will der Ministerpräsident sagen, daß Krone und Dynastie in der Luft schweben? Das alles ist ganz unmöglich, und so halten wir eine authentische Interpretation des unglücklichen Satzes für unausbleiblich.

Wien, 10. Oktbr. (Priv.-Tel.) Wie verlautet, steht für die kommenden Tage eine Proklamation des Kaisers „An meine Völker“ bevor, die sich auf das Selbstbestimmungsrecht der Nationen bezieht.

Wien, 9. Oktbr. (Priv.-Tel.) Die Parteien des Abgeordnetenhauses drängen auf Einberufung der Delegationen. Im Plenum des Abgeordnetenhauses findet gegenwärtig eine innerpolitische Debatte statt. Das allgemeine Interesse ist jedoch auf die Entwicklung der auswärtigen Angelegenheiten gerichtet. Die Parlamentsarbeit stockt, weil man vorher Klarheit zum mindesten über die neue Friedensnote der Mittelmächte haben will. In der gestern Nachmittag erfolgten Besprechung der Obmänner der Delegationsausschüsse, in der auch die drei gemeinsamen Minister anwesend waren, wurde das vorläufige Arbeitsprogramm der Delegationen festgestellt. Der Freeres-Ausschuß der österreichischen Delegation tritt am Montag zusammen, der Ausschuß für Neuhéres am Mittwoch. Graf Burian hat in der Obmännerbesprechung erklärt, daß er aller Wahrscheinlichkeit nach bereits zu Beginn der kommenden Woche in der Lage sein werde, die Antwort der Ententemächte auf die Friedensnote im Ausschuß für Neuhéres der Delegationen zu besprechen. In diesem Falle wird Burian sein Exposé kommenden Dienstag im Ausschuß für Neuhéres der ungarischen Delegation halten und am Mittwoch im Ausschuß für Neuhéres der österreichischen Delegation wiederholen.

Die von den deutschen Parteien aufgegriffene Parole der Ausübung des Selbstbestimmungsrechts der Völker zieht immer weitere Kreise. Gestern haben sich auch bereits die Ukrainer mit diesem Problem befaßt; sie fordern für die kommende Woche die Einberufung einer

Nationalversammlung, in der das Selbstbestimmungsrecht der Ukrainer proklamiert werden soll. Die Beratungen der deutschen Parteien über die deutsch-sozialdemokratische Resolution dauern fort. Der Leitungsausschuß der deutsch-nationalen Parteien befaßt sich gestern damit, ebenso die christlich-soziale Vereinigung. Die Zustimmung im Prinzip ist bei beiden Gruppen bereits fester. Die Beratungen der deutschen Parteien dürften im Laufe des heutigen Tages abgeschlossen werden, doch werden die gemeinsamen Besprechungen mit den deutschen Sozialdemokraten fortgesetzt werden.

Deutsch-Tirol.

Wien, 8. Oktbr. (W. B.) Die Blätter melden: Eine Vertretung von Deutsch-Tirol, die den Minister des Aeußern auf die Beunruhigung der Deutschen Tirols, besonders an der italienischen Sprachgrenze, aufmerksam machte, erklärte Graf Burian, daß zu Beunruhigung kein Anlaß vorliege. Besonders betonte Graf Burian, daß der Friedensantrag der Monarchie an Wilson sich ausdrücklich auf die Beibehaltung der Grenzen Italiens nach den klar festgesetzten nationalen Linien die Rede sei. Die Tiroler Bevölkerung könne auf Grund anderer Forderungen Wilsons auch für sich den Grundsat des Selbstbestimmungsrechts der Völker in Anspruch nehmen. Daher könne auch in Tirol nichts geschehen, was gegen den Willen der großen Mehrheit des einen oder anderen Teils des Landes gerichtet sei.